

FORUM

# «Die Hotelzimmer müssen verkleinert werden ...»

Zum Thema Energiesparen

Wenn Sie nun glauben, ich sei ein passionierter Anhänger des Allradantriebes oder von SUVs, so stimmt das ganz und gar nicht. Die Schweiz erlebt zurzeit einen in Friedenszeiten noch nie da gewesenen gesellschaftlichen Umschwung. Vor dem Hintergrund der CO<sub>2</sub>-Keule und eines drohenden Ressourcenmangels soll die 2000-Watt-Gesellschaft so schnell wie möglich realisiert werden.

Nicht eine Sekte oder irgendwelche Fantasten stehen hinter diesem Vorschlag, sondern unser scheidender Energieminister, Hochschulen, Ingenieurverbände, die Empa, das Paul-Scherrer-Institut, der ETH-Rat. Sie haben die Broschüre «Leichter leben», kürzlich in die Briefkästen von Auserlesenen flattern lassen. Die Sache ist also durchaus ernst zu nehmen. Gleichzeitig wird auch aufgezeigt, wie wir das erreichen können:

- 4 Liter Benzin (oder Äquivalent) auf 100 Kilometer Autofahrt,
- 4 Kilo Fleisch pro Jahr und Person,

- 4 Liter Heizöl (oder Äquivalent) pro Quadratmeter Wohnfläche pro Jahr,
- 4 Ferien- und Kulturstage im Jahr ausserhalb des Wohnortes.

Wir werden dann mit 17 500 kWh pro Jahr und pro Kopf auskommen müssen. Heute konsumieren wir etwa das Vierfache. Das Auto mit 4 Liter Benzinverbrauch (oder äquivalenter anderer Energie) pro 100 km existiert bereits. 900 kWh Energiebezüge pro Jahr benötigt das neueste prämierte Energiesparhaus. Dabei stehen nicht mehr wie heute 30 bis 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung, sondern nur noch 15 m<sup>2</sup>. Kein oder nur wenig Fleisch darf konsumiert werden, nur Teigwaren. Zur Herstellung von 1 kg Rindfleisch braucht man 10 Mal mehr Energie als für 1 kg Nudeln. Nur 5 Liter Wein pro Jahr und pro Kopf ist Vorschrift. Man kann also endlich mit Erich Fromm den Menschen danach charakterisieren, was er isst und nicht was er hat.

Dazu werden wir in den nächsten 20 Jahren 50 Milliarden Franken ausgeben und 100 Milliarden kWh an Primärenergie investieren müssen. In etwa 20

Jahren hätte unsere Energiewirtschaft dann diese Investition an Grauer- und Primärenergie amortisiert. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist also durchaus erreichbar und hat positive Aspekte bezüglich Alkoholisierung, Vielfresserei, Autorasen und Villenprotzerei.

Dann aber wird die Schweiz zum energetischen Muster- und Einzelfall der Welt. Niemand wird dem Beispiel der Schweiz folgen, und alle werden hierher kommen, um uns Energiefakire zu besichtigen. Die Besteigung der Walliser und anderer Alpen wird dann allerdings nur noch zu Fuss oder auf dem Buckel von Trägern möglich sein, da die Bergbahnen aus energetischen Gründen nicht benützt werden dürfen. Die ultraschnellen Zugverbindungen werden aus Gründen des Energieverbrauchs nicht mehr existieren. Hotelzimmer müssen auf eine maximale Grösse von 12 m<sup>2</sup> verkleinert werden, und alle Hotel- und Restaurantküchen werden vorwiegend vegetarisch und alkoholfrei sein. Wegen der reduzierten Fläche pro Person und der reduzierten Energiebezüge werden die Menschen

nur noch in Kommunen wohnen können. Grosse Eltern und Kleinkinder werden wieder erwünschte Wohnungsgenossen sein, vorausgesetzt, dass sie wenig Platz und wenig zum Essen brauchen. Sie tragen zur Erhöhung der gestatteten Energiemenge pro Kommune bei. Aber auch der Verkauf von Energiequanten an reiche Leute oder an Tourismusbetriebe und die Industrie wird möglich sein. So können die Armen durch zusätzliches Fasten und Wohnen in Massenlagern ihr Einkommen verbessern, und an der Klassengesellschaft wird nichts geändert.

Nur etwas wird verpönt sein: die Beschleunigung des Todes, denn dann wird ja ein Energiepotential in der Kommune vernichtet. Denn die nächste Stufe der Sparsamkeit, nämlich die sich auf die Krankenkassenprämien sehr positiv auswirkende beschränkte Energiebezugsmenge pro Lebenszeit existiert erst in den Hinterköpfen der Reformen.

KURT SIGNER, BAAR

## Spielregeln zu den Wahlen

**LESERBRIEFE** red. Für die Leserbriefantworten zu den Wahlen vom 3. Oktober gelten wie früher folgende Spielregeln:

- Vorrang haben Leserbriefe, die sich auf Artikel beziehen, die in dieser Zeitung erschienen sind.
- Nicht publiziert werden Wahlempfehlungen für oder gegen einzelne Kandidaten.
- Nicht abgedruckt werden vielfältige Briefe, von denen angenommen werden muss, dass sie breit gestreut werden oder Teil einer Kampagne sind.
- Grundsätzlich werden Abonnenten unserer Zeitung bei der Auswahl der Leserbriefe bevorzugt behandelt.
- Nach den Wahlen veröffentlichen wir keine Dankesbriefe.

### Bitte möglichst kurz

Möglichst kurz gefasste Leserbriefe können sie uns auf verschiedenen Wegen zukommen lassen:

– Per E-Mail an folgende Adresse: [redaktion@neue-zz.ch](mailto:redaktion@neue-zz.ch)

– Per Post an folgende Adresse:

**Neue Zuger Zeitung, Postfach, 6304 Zug**

– In den Briefkästen unserer Zeitung an der **Baarerstrasse 27 in Zug** legen.

Leserbriefe sind auch nachlesbar unter: [www.zisch.ch/leserbriefe](http://www.zisch.ch/leserbriefe)

## «Ich habe mich wohl informiert»

«Zuerst denken, dann schreiben», Leserbrief vom 9. September

Herr Christen sagt in seiner Leserbriefantwort (betreffend Herti-Randalierer, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden), man solle allgemein «zuerst denken, dann schreiben». Da hat er völlig Recht. Warum er jedoch anderen Tipps gibt, sich selber aber nicht daran hält, ist erstaunlich. Er schrieb, ich hätte kein politisches Verständnis und hätte mich auch juristisch nicht informiert. Woher soll er denn das wissen?

Fakt ist: Ich habe mich sehr wohl bei einem Zuger Anwalt über die Lage und verschiedene Möglichkeiten informiert. Die Juristerei ist komplex, und die Meinungen unter Juristen gehen auseinander, ob der Stadtrat den Fall weiterziehen sollte und könnte oder nicht. Von einer wichtigen Signalwirkung gar nicht zu sprechen. Herr Christen hätte sich, bevor er die inkorrekte Antwort betreffend meines Vorgehens schreibt, bei mir melden können.

Auch der Seitenhieb «es ist jetzt halt Wahlkampf» zieht nicht und kann dank moderner Medien entkräftet werden. Auf meiner Homepage kann jeder sehen, dass ich mich nicht nur vor den Wahlen, sondern schon seit Jahren mit der Sicherheit befasse. Ich bleibe bei meiner Aussage, dass der Steuerzahler den ganzen Schaden zahlt: teils die Stadt, teils die unschuldigen Firmen (sind ja auch Steuerzahler). Wer einmal mehr nichts zahlt, sind die Randalierer = Täterschutz!

Wie auch immer: Als konstruktiver Realpolitiker lade ich Stadtrat Christen gerne zu einem Kaffee und zu einem klärenden Gespräch unter vier Augen ein. Ich freue mich auf seine Kontaktaufnahme (Kontaktadressen auf [www.beatbuehlmann.ch](http://www.beatbuehlmann.ch) unter Impressum).

BEAT BÜHLMANN, VIZEPRÄSIDENT UND KANDIDAT SVP ZUG



## Von Horw bis in die Berner Alpen

Dieses Bild entstand auf der Oberrüti bei Horw. An klaren Tagen geht von dort aus der Blick bis zu den Berner Alpen – hier mit einem Teleobjektiv fotografiert.

Leserbild Niklaus Rohrer, Luzern

## Wichtig ist die Früherkennung

Sind psychisch kranke Menschen gefährlich?

Viele Leute empfinden psychisch kranke Menschen als gefährlich. Das mag sein, aber die Aussage ist unvollständig. Es ist längst erwiesen, dass psychisch Kranke, auch Schizophrenie-Kranke, nicht gefährlicher oder krimineller sind als die «normale» Bevölkerung.

Weiter ist es unsinnig zu schreiben, dass Depressionen kein Tabuthema mehr seien. Die psychischen Krankheiten, die Betroffenen wie auch die ganze Psychiatrie werden von weiten Teilen der Bevölkerung immer noch stigmatisiert, und das Thema wird totgeschwiegen, tabuisiert. Die im Vergleich zu vielen anderen Ländern hohen Suizidzahlen in der Schweiz – auch im Kanton Zug – sind der beste Beweis dafür. Bei uns stehen zum Beispiel 1400 Selbsttötungen etwa 300 Strassentoten gegenüber!

Es braucht Aktionsjahre – nicht Monate –, um in der Bevölkerung Wissen zu erzeugen, das den Abbau des Stigmas zur Folge hat und die so wichtige Früherkennung möglich macht. Früherkennung bedeutet weniger schwere psychische Krankheiten und damit weniger Heilungskosten (Medikamente, Klinikaufenthalte), weniger Kosten und Verluste für IV und Wirtschaft und erst noch eine gesündere Gesellschaft.

JOHN P. KUMMER, GRÜNDUNGSPRÄSIDENT EQUILIBRIUM, UNTERÄGERI

## Zug braucht mehr als Lippenbekenntnisse

Zugerinnen und Zuger leben in der attraktivsten Stadt der Schweiz. Dies das Ergebnis des Städte-Rankings der «Bilanz» aus den Jahren 2008 bis 2010. Das pralle



Urs Bertschi über die Stadt Zug im Städte-Ranking

Füllhorn, das sich alljährlich in Form von satten Ertragsüberschüssen über unsere Stadt ergiesst, trägt das Seinige dazu bei. Wir, die putzige Kleinstadt am See, vor der selbst Vexselberg und Konsorten nicht mehr Halt machen, wir sind wer. Wirklich mehr als die lebenswerte Stadt, die wir schon immer waren?

Schnell wird klar, dass dieses glamouröse Spiel nicht nur Gewinner kennt. Unser Steuersparkanton, dies zeigte die CS-Studie 2008 zum verfügbaren Einkommen, bedeutet für die Kaufkraft von Otto-Normalverbrau-

cher nichts Gutes. In diesem Ranking sackte Zug gegenüber 2006 nämlich vom 5. auf den 18. Rang ab. Den Zugern bleibt also immer weniger zum Leben als andernorts, vor allem wegen der exorbitanten Wohnkosten.

Und wenn die Wirtschaft so boomt, zieht das immer mehr kaufkräftige Leute an und beschleunigt die Zuwanderung. Folge davon ist – Zugerinnen und Zuger können ein Lied davon singen –, dass das Land knapp wird und die Miet- und Immobilienpreise ins Unerschwingliche steigen.

Dieser Effekt hat bereits einen trefenden Namen erhalten: «Zugisierung» nennt ihn Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger von der Uni Freiburg. Damit meint er den unschönen Mechanismus, wo sich immer mehr Einheimische ob dieser Entwicklung gezwungen sehen, in Nachbarkantone mit niedrigen Immobilien- und Wohnungspreisen umziehen zu müssen.

Der auf unserer Stadt lastende Druck verdrängt aber nicht nur Menschen, sondern vernichtet auch städtische Identität. So droht im Rahmen des Bebauungsplans Lauried bereits ein weiteres Stück Zug zu verschwinden.

Die Häuserzeile von 1924 soll einer verdichteten Blockrandbebauung Platz machen. «In Biel würde niemand solche Häuser abreißen», meinte unlängst Stadtarchitekt Beat Aeberhard, der die

Im Grossen Gemeinderat verhindern sie bereits in der ersten Lesung zum besagten Bebauungsplan Lauried, dass Mindestwohnanteile verankert werden, wodurch zahlbarer Wohnraum ermöglicht würde.

### STANDPUNKT

Entwicklung in Zug manchmal fast als «rüpelhaft» bezeichnete.

Wenn sich die «Undundund»-Partei in der blau-weissen FD-Postille vor den Wahlen prominent zum Wohnen für alle ausspricht und sich für die Förderung des Wohnungsbaus namentlich für den Mittelstand einsetzen will, heisst es Ohren spitzen und gut hinschauen! Immerhin hielt es die FDP-Fraktion im Guggital für gänzlich falsch, günstige Wohnungen an bevorzugten Lagen «partout erhalten zu wollen». Denn «privilegiertes Wohnen zum günstigen Preis», man höre und staune, schaffe Ungerechtigkeiten!

Ganz generell foutieren sich die bürgerlichen Parteien bereits vor den Wahlen, um all ihre zwar nachlesbaren Wahlversprechen rund ums Wohnen.

Also weiterhin zuschauen, liebe Zugerinnen und Zuger, wie Sie aus Ihrer Stadt verdrängt werden? – Nein, denn Sie müssen auch in Zukunft in der Stadt Zug wohnen können. Zug muss eine lebensfreundliche Stadt bleiben, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen! Dazu braucht es mehr als bürgerliche Lippenbekenntnisse!

Schauen Sie daher am 3. Oktober 2010 trotz des unsäglichen Wahlsystems genauer hin, wem Sie Ihre Stimme geben. Sie haben es in der Hand, Politikerinnen und Politiker zu wählen, die zu unserer Stadt ganzheitlich Sorge tragen.

Schliesslich darf der Stierenmarkt im immer chiceren Zug nie zu dem werden, was das Polo-Turnier in St. Moritz schon heute schon ist: blosser Treffpunkt für die Schönen und Reichen!

URS BERTSCHI, GEMEINDERAT SP [redaktion@neue-zz.ch](mailto:redaktion@neue-zz.ch)